

Tag der Steuergerechtigkeit

**Für ein gerechtes Steuerrecht –
verständlich und gut anwendbar**

Wir kämpfen
jeden Tag
für Steuergerechtigkeit,
damit unser Land
funktioniert

Weitere Themen**Anhörung im
Finanzausschuss:
Cum-Ex-Skandal
findet kein Ende****Grundsteuerreform:
Der Südwesten
setzt auf ein
Bodenwertmodell**



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

am 30. September hatten wir erneut zum Tag der Steuergerechtigkeit aufgerufen. Inzwischen zum fünften Mal. In Pandemiezeiten kein einfaches Unterfangen. Unsere lange geplante zentrale Aktionsveranstaltung in Wiesbaden mit der Verleihung des Anne-Schauer-Preises für Verdienste um Steuergerechtigkeit in Deutschland mussten wir leider wegen Corona absagen.

Dem so wichtigen Prinzip der Steuergerechtigkeit – mit einer gerechten Steuerpolitik und einem gerechten und leistungsfähigen Steuervollzug – kann das Virus aber nichts anhaben. Dieses Thema, geboren aus unserem Grundgesetz, wird das Virus nämlich überdauern. Unseren „Gerechtigkeitsauftrag“, Steuern gesetzesgemäß und gleichmäßig zu erheben, werden wir unbeirrt fort-

setzen. So wie es die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Diensteid geschworen haben. Ohne unser konsequentes Schaffen wäre nämlich politisches Handeln gar nicht möglich, Staat und Kommunen könnten ihre vielfältigen Leistungen nicht erbringen, und die Wirtschaft würde in die Röhre gucken. In Wirtschaftskreisen haben bislang nur die Wenigsten begriffen, dass eine starke und gut aufgestellte öffentliche Hand mit ihren motivierten und sehr gut ausgebildeten Beschäftigten ein extrem wichtiger Standortfaktor ist. Die ganze Welt beneidet Deutschland um seinen hervorragenden öffentlichen Dienst. Und auch die Bevölkerung beurteilt ihn völlig anders als noch vor Jahren. Dies zeigen regelmäßige Umfragen des Deutschen Beamtenbundes.

Steuergerechtigkeit wird in den kommenden Jahren noch weiter an Bedeutung gewinnen. Die Neuverschuldung im Jahre 2020 beträgt rund 130 Milliarden Euro, für das Jahr 2021 sagen erste Entwürfe eine weitere Neuverschuldung von rund 100 Milliarden Euro voraus. Die „schwarze Null“ und die „schwäbische Hausfrau“ haben vorläufig ausgedient. Ein riesiges Staatsdefizit steht im Raum. Sicherlich ohne vorwerfbare Schuld, denn das Corona-Virus machte ungewöhnlich schwierige Entscheidungen notwendig.

Keine Schuld zwar – aber wer ist für die unausweichliche Sühne verantwortlich? Irgendwo muss das Geld schließlich herkommen, zumal auch für die Jahre nach 2021 ungedeckte Milliardenchecks in Umlauf gegeben werden dürften. In dieser außergewöhnlichen Situation wird viel Arbeit auf die Einnahmeverwaltung zukommen. Wir müssen uns um diejenigen kümmern, die sich beim Steuerzahlen in die Büsche schlagen, egal ob kriminell oder nur mit einem beherzten Sprung in Niedrigsteuermärkte. Aber es ist auch mit Steuererhöhungen zu rechnen. Anders lässt sich die Lücke meines Erachtens auf Dauer nichts schließen. Es sei denn, man begibt sich auf den gefährlichen Weg einer ungebremsten Banknotenpresse. Bei Steuererhöhungen wird es aber darauf ankommen, dass sie die Richtigen treffen. Wenn die Diskussion aufflammt, ist auch unsere laute Stimme gefragt!

Falls jemand denken sollte, für den Bereich der Sühne einer Schuldenpolitik sei der öffentliche Dienst zuständig, so hat er sich geschnitten. Sonderopfern hat das Bundesverfassungsgericht in der jüngeren Zeit Gott sei Dank eine klare Absage erteilt. Wenn gespart werden muss, dann bei allen – so das vereinfachte Credo aus Karlsruhe. Ob die Politik und die Arbeitgeber sich aber an diesen Grundsatz halten werden, ist leider nicht ausgemacht und schon gar nicht selbstverständlich. Gewerkschaften werden daher in den nächsten Jahren wichtiger denn je. Eine vergleichbare Situation gab es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht.

Ihre Fachgewerkschaft, die DSTG, wird sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der öffentliche Dienst nicht zum Buhmann gestempelt wird und dass die Einnahmeverwaltung nicht unter die Räder kommt. Denn ohne eine gut aufgestellte Einnahmeverwaltung gibt es keine Steuergerechtigkeit.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Ihr

Thomas Eigenthaler,
Bundesvorsitzender

> DSTG

- ▶ Glosse zum Tag der Steuergerechtigkeit: Schädlicher Bund-Länder-Konflikt um Registrierkassen 4
- ▶ DSTG im Finanzausschuss: Cum-Ex-Skandal dreht immer weitere Kreise 5
- ▶ Baden-Württemberg betritt grundsteuerliches Neuland: Der Südwesten setzt auf ein Bodenwertmodell 6
- ▶ Etappensieg der deutschen Steuerverwaltung: Internetplattform Airbnb muss Vermieterdaten herausgeben 8
- ▶ Bundesfinanzministerium veröffentlicht Frage-Antwort-Katalog: Fiskus richtet den steuerlichen Blick auf Influencer 9
- ▶ Kurz notiert 10
- ▶ Die Grundrente kommt zum 1. Januar 2021: Niedrige Renten werden aufgewertet 12
- ▶ Anhörung zur PersBB in Regensburg: DSTG bezieht Position – Forderungen werden aufgenommen 13
- ▶ DSTG im Dialog mit dem Bundesverband Lohnsteuerhilfevereine: Diskussion über steuerpolitische Maßnahmen in der Pandemie 14
- ▶ Besuch des Liechtensteinischen Bankenverbandes bei der DSTG: Gedankenaustausch auch über innovative Arbeitsmodelle 14
- ▶ Präsenzseminar der DSTG-Jugend: Lust auf Mitarbeit geweckt 15
- ▶ Tauschcke 16

> dbb

- ▶ einkommensrunde – Arbeitgeber provozieren Warnstreiks 17
- ▶ Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 20
- ▶ dbb akademie 22
- ▶ Studie Homeoffice und Präsenzkultur im öffentlichen Dienst 24
- ▶ frauen – Neues Bündnis: Sorgearbeit fair teilen 26
- ▶ 12. dbb bundesfrauenkongress: Neuer Termin steht fest! 27
- ▶ jugend – 30 Jahre deutsche Einheit: Zuhören und voneinander lernen 28
- ▶ Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 30
- ▶ Zugbegleitdienst: Im Notfall auf sich selbst gestellt 34
- ▶ service für dbb mitglieder 38
- ▶ Europäische Zusammenarbeit: IMI überwindet Verwaltungsgrenzen 40
- ▶ die andere meinung – Mehr Eigenverantwortung für die Zukunft 42
- ▶ eine frage an ... den Sozialpsychologen Prof. Dr. Dieter Frey 44
- ▶ interview – Georg Maier, Thüringer Minister für Inneres und Kommunales und Vorsitzender der Innenministerkonferenz 46